

Walter Theimer

GEWERKSCHAFTSPOLITIK UND POLITISCHE THEORIE

In ihrer hundertjährigen Geschichte haben die Gewerkschaften neben dem reinen Trade-Unionismus, dem Streben nach besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung, in den meisten Ländern auch politische Ideale und Theorien entwickelt, die auf eine Änderung dieser Ordnung hinausliefen. Eine Ausnahme macht Amerika, aber auch dort können die Gewerkschaften der politischen Stellungnahme nicht ausweichen, mag sie auch im Rahmen des herkömmlichen amerikanischen Liberalismus bleiben. Die Gewerkschaften können noch so sehr satzungsgemäß auf das rein Wirtschaftliche beschränkt sein, sie müssen sich doch immer wieder mit Politik beschäftigen, schon weil die Politik sich so viel mit ihnen beschäftigt. So ist das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Politik, das praktisch namentlich als das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Parteien in Erscheinung tritt, ein Dauerproblem der Arbeiterbewegung geblieben. Wie aktuell es ist, sehen wir gerade in Deutschland.

In Kontinentaleuropa haben in der Vergangenheit hauptsächlich zwei politische Konzeptionen um die Vorherrschaft in der Gewerkschaftsbewegung gerungen: der Marxismus und der Syndikalismus. Die christliche Konzeption bildet

ein Kapitel für sich. Nach der Zahl der Anhänger blieb sie weit hinter den beiden anderen Theorien zurück. Die interessante syndikalistische Bewegung der Zeit vor dem ersten Weltkrieg hat tiefere Spuren hinterlassen als man gemeinhin zugibt. Auch die jüngste deutsche Gewerkschaftspolitik knüpft, vielleicht unbewußt, an syndikalistisches Gedankengut an.

Der Marxismus oder das Geschichtsgesetz

In Deutschland galt bis in die jüngste Zeit der Marxismus als die offizielle „Weltanschauung“ des Gewerkschafters, worin sich die enge Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften widerspiegelte. Daß die Gewerkschaften von der Praxis her gewöhnlich den Tagesforderungen den Vorzug vor der Doktrin gaben, änderte nichts daran. In der Regel wurde vom Gewerkschafter, schon gar vom Funktionär, mit Selbstverständlichkeit erwartet, daß er auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehe, die marxistische Ausdrucksweise beherrsche und anwende, ganz allgemein die marxistischen Anschauungen gegen die bürgerlichen verteidige.

Der Marxismus ist ein umfassendes philosophisches, historisches, politisches, wirtschaftliches und sogar psychologisches System, das ich an anderer Stelle ausführlicher behandelt habe¹⁾. Sein Kern ist eine Geschichtskonstruktion, die von *Hegel* abgeleitet ist und mit ihm annimmt, daß die Geschichte vernunftmäßig nach vorbestimmten Stadien ablaufe und zu immer mehr Vernunft, Freiheit und Gerechtigkeit im Leben der Menschen führe. Also historischer Determinismus in Verbindung mit Rationalismus. Es kann nicht genug betont werden, daß der Rationalismus die eigentliche Seele des Marxismus ist, nicht der Materialismus, wie er selbst behauptet. Der Marxismus steht und fällt mit dem Satz „Die Welt läuft vernünftig“, dem Kernsatz Hegels. Ob sie nun auf Hegeische Art mit Hilfe eines mythischen Weltgeistes und seiner Ideendialektik vernünftig läuft, oder ob die materiellen Verhältnisse (gemeint sind wirtschaftlich-soziale Verhältnisse) den vernunftgemäßen Ablauf ohne die Mitwirkung eines solchen Geistes steuern, ist daneben eine untergeordnete Frage. *Marx* stellte gerade diese Nebenfrage in den Mittelpunkt; die eigentliche Hauptfrage, nämlich ob man überhaupt einen gesetzmäßigen, vernünftigen Geschichtsablauf postulieren dürfe, diskutierte er gar nicht, das war ihm selbstverständlich. Uns ist es nach den geschichtlichen Erlebnissen der neueren Vergangenheit nicht so selbstverständlich.

Vernünftiger Ablauf der Geschichte heißt vernünftiges Handeln der Menschen. Der Marxismus erwartet ein solches, wobei er vernünftiges Handeln mit der nüchternen Vertretung der eigenen materiellen Interessen gleichsetzt. (Einfluß des Utilitarismus.) Der Mensch läßt sich von seinen Interessen leiten, ist fähig, sie zu erkennen, und mutig genug, für sie zu kämpfen. Das gegenwärtige Unbehagen um den Marxismus kommt daher, daß die geschichtliche Erfahrung dieses optimistische Menschenbild nicht bestätigt hat. Die Menschen, einschließlich der Arbeiter, denen *Marx* besondere Tugenden auf diesem Gebiet zuschrieb; haben sich in den geschichtlichen Krisen der jüngsten Zeit keineswegs so vernünftig verhalten, wie die Theorie es voraussagte. Dummheit besiegte die Erkenntnis, Furcht den Mut, als die Tyrannei die Probe aufs marxistische Exempel machte. Die Entwicklung in Rußland, die zunächst *Marx* rechtzugeben schien, geht deutlich auf eine neue Klassengesellschaft hin statt der angekündigten klassenlosen. Mit der Vernunft und Gerechtigkeit im Weltablauf scheint es nicht so gut bestellt zu sein, wie die Hegelianer und Marxisten gemeinsam behaupteten.

1) Theimer, Der Marxismus; Lehre, Wirkung, Kritik; Bern.

Darum der Ruf nach einer politischen Theorie, welche die Vernunft zwar als Forderung, aber nicht als immanentes Prinzip der Entwicklung enthält; nach einer Weltanschauung, die mehr Raum für die freie Entschließung des Menschen läßt und seine sittlichen Kräfte nicht mit dem Hinweis auf einen vorbestimmten Ablauf einschläfert. Ein realistisches Bild vom Menschen und vom Arbeiter, das auch die irrationalen und negativen Kräfte in Betracht zieht, ist für eine heute brauchbare politische Theorie die unentbehrliche Grundlage. Das Marxsche Menschenbild entspricht dieser Forderung nicht. Der praktische Gewerkschafter hat seit jeher gewußt, daß der Arbeiter nicht das Wunderwesen ist, das die marxistischen Intellektuellen aus ihm machten, sondern ein Mensch wie alle anderen.

Auch sachlich irrte Marx, wenn er voraussagte, kraft der Dialektik der Entwicklung werde die Arbeiterklasse zur großen Mehrheit der Gesellschaft werden; schon deshalb sei ihr Sieg gesichert. Heute wissen wir, daß die Arbeiterklasse aller Voraussicht nach bei ungefähr einem Drittel der Gesellschaft stehen bleiben wird. Sie wächst nicht mehr, ihr Anteil an der Bevölkerung zeigt in manchen hochtechnisierten Ländern sogar eine leise Tendenz zur Abnahme. Die Maschinen besorgen die Arbeit. Was machen die übrigen Menschen? Die Kapitalisten, klein und groß, bleiben Kapitalisten, wo nicht Kriegsfolgen ihr Vermögen vernichten, und haben massenhaft Anhänger. Die Mittelschichten wandern nicht samt und sonders in die Fabrik, sondern bewahren ihren Charakter oder streben, wo wiederum Kriegsfolgen sie wirtschaftlich ruiniert haben, dessen Restauration an. Daneben wächst eine neue Klasse, die Klasse der Büroarbeiter, ins Ungeheure, sie ist schon halb so groß wie die Arbeiterklasse. In Gestalt der leitenden Angestellten und Funktionäre, der sogenannten Manager, ist eine weitere neue Klasse auf den Plan getreten. Marx glaubte nicht, daß hundert Jahre nach ihm solch eine Situation bestehen würde.

Marxismus und Gewerkschaftspolitik

Die Gewerkschaften spielen im Marxschen System keine wesentliche Rolle. Die gewaltigen Veränderungen, die durch mächtige Gewerkschaften auf dem Gebiete der Löhne, der Arbeitsbedingungen, der Sozialgesetzgebung bewirkt werden können, hat Marx nicht vorausgesehen, seine Theorie schließt sie im Grunde aus. Darüber hat *Bernstein* schon vor einem halben Jahrhundert das Notwendige gesagt. Die Gewerkschaften haben am meisten dazu beigetragen, daß die marxistische Grundlehre von der Verelendung der Arbeiterklasse und der davon erwarteten Revolution unbestätigt blieb. Die Gewerkschaften waren lebende Bestätigungen des „Reformismus“, der ja auch die sozialistischen Parteien seit der Jahrhundertwende immer stärker durchdrang.

Im ganzen hat immer eine Spannung zwischen der empirischen, von der Praxis ausgehenden und der Praxis zugewandten Arbeit der Gewerkschaften und der abstrakten politischen Metaphysik des Marxismus bestanden. Die Lösung des Klassenkampfes ließ sich in die gewerkschaftliche Arbeit einfügen, aber jeder Vertragsabschluß bedeutete eine Periode der Klassenzusammenarbeit, die von den Gewerkschaften auch in größerem Rahmen aus praktischen Gründen immer wieder versucht wurde. Sie ist von der gewerkschaftlichen Warte her ein ebenso wichtiges Element des gesellschaftlichen Lebens wie der Klassenkampf, mit dem sie abwechselt. Die Gewerkschaften spürten frühzeitig, daß das rein negative Verhältnis zum bürgerlichen Staat, das aus dem Marxismus folgt, in der Praxis nicht durchzuhalten ist. Ihre Arbeit lief praktisch zwangsläufig darauf hinaus, den Arbeiter und seine Verbände zu einem Element die-

ses Staates zu machen, wobei das Wesen dieses Staates mehr oder minder verändert wurde. Auch die sozialdemokratischen Parteien wandten sich einer staatsbejahenden Politik zu, die wohl zu den Lehren von *Lassalle* und *Rodbertus*, nicht aber von Marx und *Engels* paßte.

Der Marxismus als System eignet sich nicht mehr zur politischen Theorie der Gewerkschaftsbewegung oder der Arbeiterbewegung überhaupt. Wohl aber können erhebliche Elemente aus ihm auch heute noch in das neue politische Weltbild übernommen werden. Die weltanschauliche Abneigung breiter Kreise in den heutigen Einheitsgewerkschaften gegen den Marxismus als Totaisystem ist ein weiterer Faktor. Früher wurde angenommen, die „rückständigen“ Elemente mit anderen Anschauungen würden zum Marxismus „fortschreiten“. Das ist bei der heutigen Sachlage unwahrscheinlich. Mit Ausnahme der Kommunisten, deren Haltung sich je nach den Anweisungen aus Moskau ändert, ist der deutsche Gewerkschafter heute grundsätzlich staatsbejahend, evolutionär und reformistisch eingestellt. Das ist als Grundtatsache zur Kenntnis zu nehmen.

Der Syndikalismus oder die direkte Aktion

Der Syndikalismus versuchte eine eigenständige Politik für die Gewerkschaften zu schaffen. Gegenüber dem marxistischen Sozialismus wurde zunächst das politische Ziel in anarchistischem Sinne revidiert. Daß die Anarchisten mit ihrer Sorge vor der Allmacht des Staates und der Bürokratie großen Weitblick bewiesen, muß die Nachwelt übrigens anerkennen. Gegenüber dem Staatssozialismus, mit dem der Marxismus sich damals identifizierte, forderten die Anarchisten einen Sozialismus kleiner autonomer Gruppen. Bei den Syndikalistern wurden die Gewerkschaften zu diesen Gruppen. Nicht der Staat, sondern die Gewerkschaften sollten die Produktionsmittel bei der Sozialisierung erhalten. Sie sollten einen losen Gewerkschaftsbund an die Stelle des Staates, den Gewerkschaftskongreß an die Stelle des Parlaments setzen. Im Rahmen dieses Bundes sollten freie Verträge zwischen den einzelnen Gewerkschaften einen Wirtschaftsplan sichern. Die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften waren selbst eine Föderation von Betrieben; der Betrieb war die Grundeinheit. So sollte es auch im verwirklichten Sozialismus bleiben.

Der Marxismus äußerte sich nicht über die Stellung der Gewerkschaften in der künftigen sozialistischen Gesellschaft. Sollten sie bestehen bleiben? Würden sie noch notwendig sein? Was sollten ihre Aufgaben sein, wenn es keine Ausbeutung mehr zu bekämpfen gäbe und die Arbeiter nach ihrem eigenen Plan wirtschaften würden? Der russische Versuch macht die Gewerkschaften zu Organen des Staates, die bei der Erfüllung der Produktionsaufträge zu helfen haben. Bei den Syndikalistern sind sie die Träger der Produktion selbst. Es wird vorausgesetzt, daß ihre Mitglieder gerechte, jedem Arbeiter annehmbare Arbeitsbedingungen und Erzeugungsquoten beschließen werden, daß keine Herrschaftsbestrebungen der leitenden Funktionäre auftreten werden, ebensowenig egoistische Konkurrenz zwischen den einzelnen Erzeugungszweigen oder ein Versuch der großen Verbände, die kleinen an die Wand zu drücken. Kurz, es wird das selbsttätige Walten eines hohen sozialen Ethos vorausgesetzt. Auch das Menschenbild des Syndikalismus war optimistisch.

Auch in der Gegenwartsgesellschaft war die Stellung der Gewerkschaften bei den Syndikalistern eine zentrale. Die Gewerkschaft hatte nicht nur bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sondern auch die Umwandlung der Gesellschaft: sie hatte die Aufgaben der sozialistischen Partei zu übernehmen. Die Partei als solche lehnte der Syndikalismus ab. Er war gegen die „politische

Aktion“ im Parlament und bei Wahlen, erwartete dagegen alles von der „direkten Aktion“ in den Betrieben. Die Arbeiter mußten stets außerparlamentarisch kämpfen, vor allem durch, den Streik, aber auch durch Sabotage und Aufstand. Ein Generalstreik mit oder ohne bewaffneten Aufstand würde eines Tages den Sozialismus bringen. Eine Arbeiterpartei war unnötig. Die Gewerkschaften hatten zu allen politischen Fragen selbständig Stellung zu nehmen. Der Syndikalismus war radikal, revolutionär, die äußerste Linke der Arbeiterbewegung. Aus dem Marxismus übernahm er einige Elemente, namentlich die Lehre vom Klassenkampf in zugespitzter Form; die marxistischen Wirtschaftsgesetze machte er sich nur teilweise zu eigen, die aus ihnen abgeleiteten Geschichtsgesetze noch weniger. Er betonte den Voluntarismus, das Kampffethos, die Rolle von Willen und Elan, die Aktion und wieder die Aktion. Der Syndikalismus war der Versuch einer Synthese von Gewerkschaftspolitik, Marxismus und Anarchismus.

In der Arbeiterbewegung spielte er in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg die Rolle, die später der Kommunismus übernahm. Er berannte die Positionen der Reformisten, Parlamentstaktiker und sonstigen „Sozialverräter“. Bei all seinem Massenkult stand er auf dem Boden der Elitenlehre. Vieles von seiner Ideologie und Phraseologie ging in den Kommunismus der Frühperiode über. Der Syndikalismus beherrschte die Arbeiterbewegung in Frankreich, Spanien und Italien. Die französische Gewerkschaftsbewegung gab sich 1906 in der Charte d'Amiens ein syndikalistisches Programm, das theoretisch bis in die jüngste Zeit galt. Die praktische Politik der französischen Gewerkschaften war allerdings sozialdemokratisch. Eine der Wurzeln der Stärke des Kommunismus in den französischen Gewerkschaften liegt heute noch in der syndikalistischen Tradition. In Deutschland und England blieb der Syndikalismus schwach. In England machte er immerhin um 1912 von sich reden und feierte nach dem ersten Weltkrieg in der friedlichen Form des Gildensozialismus eine kurzlebige Auferstehung.

Im ersten Weltkrieg war nicht viel von den Syndikalisten zu hören; mit dem Ende des Krieges gingen fast alle ihre Anhänger zu den Kommunisten über, deren staatszentralistisches Programm sie hinter dem Räteregime nicht erkannten, welches letzteres den syndikalistischen Forderungen der Dezentralisation zu entsprechen schien. Nur in Spanien blieben die Syndikalisten stark. In Italien machte der Faschismus ihren Fabriksbesetzungen ein Ende. In Deutschland wuchs der Syndikalismus zwischen 1919 und 1924 bis auf 400 000 Anhänger, dann sackte er plötzlich ab.

Der Syndikalismus ist dem Korporationengedanken verwandt, aber seine Korporationen enthalten nur Arbeiter, keine Unternehmer. Die von nicht-sozialistischer Seite, namentlich vom Faschismus, vertretenen Korporationen sollen dagegen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam enthalten. Davon abgesehen, ist das ständische Element im Syndikalismus deutlich; es sind eben „sozialisierte“ Stände. Die Gewerkschaften in seinem System sind zugleich Berufsstände; er hat Berührungspunkte mit anderen ständischen Ideen, vor allem den Grundgedanken, daß Berufsverbände sich schon sachlich über alle Probleme einigen werden, wenn nur die Parteipolitiker ausgeschaltet sind. Die verschiedenen Standesstaatslehren fußen auf diesem Wunderglauben.

Nun muß man doch fragen, ob Fachleute niemals unsachlich streiten, ferner wo überhaupt in Wirtschafts- und Sozialfragen die Grenze zwischen einer fachlichen und einer politischen Betrachtung liegt. Jede Seite behauptet bekanntlich, ihre Stellungnahme sei die fachlich und objektiv einzig richtige. Wenn eine

„Ständedemokratie“ an die Stelle der „Parteiendemokratie“ gesetzt würde, so würden alsbald parteiartige Gegensätze innerhalb der ständischen Körperschaften auftreten, falls tatsächlich demokratische Freiheit herrschen würde; der Parteienkampf würde nach innen verlegt. Ein berufsständisches Parlament wäre ebenso von Parteigegensätzen zerrissen wie ein politisches, selbst wenn diese oder jene Übertreibung wegbliebe. Tatsächlich hat auch noch niemand eine echte Ständedemokratie versucht; der Gedanke ist bisher nur als Maske totalitärer Diktaturen teilweise verwirklicht worden. So in Italien, Spanien und Portugal. Im demokratischen Irland gibt es einen ständischen Senat, der aber nur ein Schatten ist und nach Parteigesichtspunkten ernannt wird. Die „unpolitische Politik“ bleibt ein Traum.

An den Syndikalismus will man sich heute in Anbetracht seiner anarchistisch-revolutionären Komponente nicht gern erinnern, aber er hat noch immer Nachwirkungen. Das Problem „Reform oder Revolution“ hat sich auf eine andere Ebene verschoben, das Problem „Gewerkschaft oder „Partei“ aber ist unverändert lebendig. Die Syndikalisten begriffen instinktiv die Rolle der Verbände im modernen Staatsleben. (Mit Ausnahme *Sorels*, der später zur äußersten Rechten überging, waren alle ihre Führer praktische Gewerkschafter.) Der syndikalistische Grundgedanke, die Gewerkschaften als Träger der Politik, einer eigenen Politik, ist zumindest in Deutschland wieder im Vormarsch. Man denkt nicht in erster Linie an „direkte Aktion“, faßt sie aber gegebenenfalls ins Auge, um politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Man verhandelt mit der Regierung, was die alten Syndikalisten verabscheut hätten; aber man verhandelt mit ihr direkt, nicht auf dem Weg über eine Partei — das hätte die Syndikalisten gefreut. Man strebt auf dem Weg über die Mitbestimmung so etwas wie einen gewerkschaftlichen Sozialismus an, dessen syndikalistische Anklänge deutlich sind. Mit ihm kommen auch die alten Probleme der syndikalistischen Bewegung wieder zu Ehren, so vor allem die Frage der Betriebsautonomie im Rahmen der Gewerkschaft — der kämpfenden wie der triumphierenden — und die Frage des Verhältnisses zwischen Mitgliedschaft und Bürokratie.

Der reine Syndikalismus bestand auf Betriebsautonomie. Dieser Gedanke wird heute von Unternehmerseite aufgegriffen; die Unternehmer wollen bei der Mitbestimmung die „betriebsfremde“ Gewerkschaft nicht hineinreden lassen. Es gab aber auch gewerkschaftszentralistische Strömungen im Syndikalismus, die eine Betriebsanarchie für unmöglich hielten und den Gewerkschaften die oberste Leitung aller Betriebe zuwiesen — so die amerikanischen IWW (Industrial Workers of the World), die nach dem ersten Weltkrieg von sich reden machten, über diese Fragen wurde seinerzeit heiß gestritten. Man glaubte auch, daß eine nennenswerte Gewerkschaftsbürokratie nicht nötig sei; der betriebstätige, nebenberufliche Funktionär werde genügen. Dann kam die Frage der Dazwischenschaltung regionaler Körperschaften oder Räte. Wer erkennt nicht Züge all dieser Fragen in den Debatten über die Mitbestimmung?

Die Fragestellungen des Syndikalismus wirken lebensnäher, konkreter als diejenigen des Marxismus. Als System kann der Syndikalismus heute aber ebensowenig übernommen werden. Erstens wird sein Anarchismus abgelehnt; der Staat wird unter Voraussetzung politischer Demokratie bejaht. Er ist in der modernen Massengesellschaft mit ihren komplizierten Verhältnissen unentbehrlich; die Verbände bestehen neben ihm, nicht an seiner Stelle. Zweitens ist man heute nicht grundsätzlich revolutionär und gewalttätig, sondern evolutionär und friedlich. Drittens verneint man nicht die politische Arbeiterpartei oder andere Parteien, sondern strebt ein Nebeneinander von parteipolitischer

und gewerkschaftlicher Arbeit, zugleich ein System der Querverbindungen an. Dann hat man in weltanschaulichen Fragen, namentlich in der Stellung zur Religion, eine andere Auffassung als der kirchenstürmende Syndikalismus der Vorzeit. Schließlich ist man wiederum, durch die Erfahrung gewitzigt, etwas weniger optimistisch in bezug auf den Menschen.

Man kann aber an viele Einzelelemente des Syndikalismus anknüpfen. Daß dies in der Praxis tatsächlich geschieht, wurde eben an einigen Beispielen illustriert. Allgemein gesprochen bietet die voluntarisch-ethische Grundhaltung des Syndikalismus zur Politik immer noch eine Alternative zum Marxismus. Sein hochgespanntes Kampffethos wurde 1933 sehr vermißt. Wäre damals der syndikale Aktivismus zur Abwehr des Faschismus verfügbar gewesen und mobilgemacht worden, so wäre alles anders gekommen. Möge es das nächste Mal anders sein, wenn es noch einmal notwendig werden sollte! Die tiefe Freiheitlichkeit des Syndikalismus, seine Sorge um die Freiheit des Einzelnen wie der kleinen Gruppe, verdient nicht minder ein Grundzug gewerkschaftlicher Politik zu bleiben.

„Sich vorwärtsexperimentieren“

Ein „partieller Syndikalismus“ gehört zum politischen Gedankengut der Gewerkschaften ebenso wie ein partieller Marxismus. Gar mancher Baustein aus den alten Gebäuden ist noch verwendbar, mitunter ein ganzer Flügel. In der Stellung zur Demokratie wird selbstredend an die klassische liberale Theorie angeknüpft. Die christliche Soziallehre zeigt offenkundige Beziehungen zum gewerkschaftlichen Denken. Neben die Elemente, die aus diesen Schöpfungen der Vergangenheit übernommen werden können, müssen aber neue, aus unserer eigenen Zeit gewachsene treten. In dieser Hinsicht können wir uns weniger auf Theorien verlassen als auf den praktischen Versuch, für den wir immer aufgeschlossen sein sollten. Wir müssen uns „vorwärtsexperimentieren“, wie der schwedische Sozialdemokrat *Wigforss* einmal sagte. Dabei werden wir auch einmal irren oder hereinfallen, das gehört dazu.

Theoretisch, d. h. grundsätzlich, müssen wir uns dennoch von einigen Dingen abgrenzen, wie dies im Abschnitt über den Syndikalismus vorhin schon skizziert wurde. Die Abgrenzung gilt auch nach der anderen Seite. Bei den jetzt schwebenden Gesprächen über einen Bundeswirtschaftsrat, paritätischen Umbau der Handelskammern, eventuelle andere regionale Körperschaften usw. muß klar betont werden, daß derartige Versuche nicht als Schritte zum Korporationensstaat mißverstanden werden dürfen. Die Gewerkschaften bejahen den politischen, demokratischen, mit Parteien arbeitenden Staat. Sie wünschen keine Zwangsgewalt für Verbände oder Verbandsvertretungen — das würde das Wesen der Verbände, die ja eben durch ihren privaten, zwangsfreien Charakter gekennzeichnet sind, grundlegend ändern, den Verbandsgedanken zerstören statt vollenden. Die Gewerkschaft ist so wenig wie ein anderer Verband der Staat und will nicht der Staat sein. Die erwähnten Räte oder Kammern sollen nur beratende Funktion haben — aber das soll nicht heißen, daß sie ins Leere sprechen sollen. Das politische Parlament soll, unbeschadet seiner Entscheidungsfreiheit, auf den Rat dieser Berater hören und ihn nicht von vornherein beiseiteschieben. Der alte Reichswirtschaftsrat enttäuschte, weil die große von ihm geleistete Arbeit so gut wie ungenutzt blieb. Wird es diesmal anders sein? Die Antwort kann nur ein Experiment geben. Gegen ein solches ist, wenn den Gewerkschaften dabei ein angemessener Platz eingeräumt wird, nichts einzuwenden.